



Interviews

Datum: 23. November 2022

Moritz Küpper im Gespräch mit Nils Schmid, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Moritz Küpper: Am Telefon ist nun Nils Schmid, der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Guten Morgen!

Nils Schmid: Guten Morgen, Herr Küpper!

Küpper: Herr Schmid, war das ein historischer Besuch oder ein Akt der Verzweiflung?

Schmid: Es war auf alle Fälle ein historischer Besuch. Dieser Besuch hat noch mal unterstrichen, wie eng die Ukraine und der Westen und vor allem die Führungsmacht der NATO, die USA, zusammenstehen in diesen schwierigen Zeiten. Es wurde noch mal die Unterstützung, die allumfassende Unterstützung bekräftigt, solange es notwendig ist, da hat Biden im Namen des gesamten Bündnisses gesprochen. Deshalb finde ich, historisch ist der richtige Begriff. Dass Selenskij weitere Waffenlieferungen wünscht, ist selbstverständlich und nicht überraschend, sollte aber nicht als Akt der Verzweiflung fehlinterpretiert werden.

Küpper: Wenn Sie sagen, Biden hat im Namen des gesamten Westens gesprochen, dann gilt das auch für die Lieferung von Patriot-Raketen?

Schmid: Ja natürlich, es ist ja nichts Neues, dass die europäischen und auch noch amerikanischen NATO-Partner Luftverteidigungssysteme liefern. Deutschland hat es mit hochmodernen Systemen getan, die Amerikaner tun es, die Franzosen tun es. Dass jetzt Patriots dazukommen, ist eine wichtige Ergänzung, weil sie einfach noch mal eine andere Reichweite haben, aber das ist jetzt keine neue Qualität. Aber es ist besonders dringlich, denn die Russen überziehen die Ukraine mit Angriffen auf zivile Infrastruktur, auf die Zivilbevölkerung, und jeder zusätzliche Schutz ist da willkommen.

Küpper: Aber warum liefert Deutschland dann Patriot-Raketenabwehrsysteme nach Polen und nicht in die Ukraine?

Schmid: Ja, der Unterschied zwischen den USA und Deutschland oder auch anderen europäischen Verbündeten ist eben, dass die in Europa vorhandenen Patriot-Systeme zunächst mal zur Verteidigung des Bündnisgebietes gedacht sind, und wir haben ja am Beispiel Polens gesehen...

Küpper: Aber die Ukraine wird angegriffen, die Kraftwerke dort, dort werden angegriffen.

Schmid: Ja, aber wir haben auch gesehen am Beispiel Polens, dass auch dort Gefahren entstehen, und deshalb ist die Stationierung in Polen im Sinne der Bündnisverteidigung besonders wichtig. Das amerikanische System war bislang nicht in Europa eingesetzt und kann deshalb ohne Schwächung der Bündnisverteidigung geliefert werden. Insofern ist das eine

gute Sache. Ob wir als europäische NATO-Partner auf Patriot-Systeme verzichten können und sie der Ukraine zur Verfügung stellen können, das ist eine andere Debatte, und bislang waren wir uns in der NATO einig, dass der Schutz des Bündnisgebiets Vorrang hat.

Küpper: Bislang waren wir uns einig, sagen Sie gerade, gilt das jetzt nicht mehr?

Schmid: Das ist alles immer für eine Debatte offen, aber im Moment ist ja auch mit Polen konkret besprochen worden, dass wir dort deutsche Patriot-Systeme stationieren, und wie gesagt, aufgrund der Bedrohungslage gerade in Polen ist es auch unbedingt erforderlich.

Küpper: Dennoch, Sie haben den Besuch von Präsident Selenskij in den USA gerade historisch genannt. Ist das auch ein Wendepunkt in der Unterstützung des Westens für die Ukraine, weil es jetzt eben ja auch aus den USA direkte Lieferungen dieses Abwehrsystems gibt und damit im Grunde genommen ja zentrale Argumente des Bundeskanzlers in der deutschen Position bisher zumindest nicht mehr ganz glaubwürdig erscheinen – zum einen nämlich, dass es nicht zu einer direkten Konfrontation kommt, sondern vor allem, dass es eben keine deutschen Alleingänge geben soll? Das haben die USA jetzt anders entschieden und anders gemacht.

Schmid: Nein, das ist gar kein Wendepunkt, sondern das bekräftigt die Linie, die Biden und Scholz die letzten Monate immer vertreten haben, dass gemeinsam entschieden wird, welche Systeme geliefert werden. Wir sind im Bereich der Luftverteidigung, da gibt es nichts Neues, sondern es ist weiterhin die Verteidigung der Ukraine gegenüber dem Angriff gefordert. Deshalb ist der Besuch, so wie er abgelaufen ist und so wie auch Biden die Unterstützung verkündet hat, genau auf der Linie, die Scholz und die anderen europäischen Verbündeten die letzten Monate vertreten haben.

Küpper: Sie sehen darin eine Bestätigung der Scholz'schen Position? Ich habe jetzt hier gerade verschiedene Tageszeitungen vor mir liegen, wir haben die Presseschau gerade eben gehört, hier steht: Deutschland sei bei seiner Ukraine-Hilfe halbherzig oder Scholz tue nur das, was sich nicht vermeiden lässt. Innenpolitisch mag das clever sein, außenpolitisch sei es fatal. Wie können dann solche Eindrücke, die ja nicht nur eine singuläre Stimme sind, entstehen?

Schmid: Ja, weil seit Monaten an dieser Frage der Waffenlieferungen herumdiskutiert wird, was berechtigt ist. Aber Sie werden mir nicht erzählen können, dass die Lieferung von Patriot-Systemen, also eines weiteren Systems der Luftverteidigung, einen Wendepunkt darstellt, sondern wir sind im Bereich der Lieferung von Waffensystemen zur Luftverteidigung, die Deutschland, Frankreich und die USA seit Monaten betreiben. Das ist richtig so, das soll verstärkt werden. Wenn Deutschland weitere Waffensysteme zur Verfügung hat, wie zum Beispiel zusätzlich Gepard-Panzer, liefert Deutschland es, genauso das IRIS-T-System. Das ist ja ebenfalls angekündigt. Deshalb sind wir auf einer Linie, so wie wir es im Bündnis festgelegt haben. Es gibt keine Alleingänge, weder von den Amerikanern noch von einer europäischen Nation noch von Deutschland.

Küpper: Die Bundesaußenministerin, wir haben sie gerade eben im Beitrag gehört, sagt jetzt auch, dass man mehr machen wolle, mehr machen solle. Die Forderung nach Panzern, auch nach Leopard-Panzern ist weiterhin im Raum, und es gibt eben dann diese wohlwollenden Töne. Ist das, wenn Sie sagen, die Bundesregierung ist auf einer Linie, dann die künftige Linie der Bundesregierung?

Schmid: Die Bundesaußenministerin hat zu Recht drauf hingewiesen, dass Deutschland ebenfalls prüft, was es weiter tun kann. Wie gesagt, Gepard-Panzer und IRIS-T-Systeme sind zusätzlich angekündigt. Das Einzige, was zu diskutieren ist, ist die Frage, ob auch europäische Partner der Ukraine Patriot-Systeme zur Verfügung stellen können, mit Ausbildung auf dem Gebiet von europäischen NATO-Staaten, so wie die Amerikaner das jetzt ja auch planen. Das muss sorgfältig geprüft werden, ob dieses nicht zulasten der Bündnisverteidigung geht. Wenn es möglich ist, dann kann es zu weiteren Lieferungen von Patriot-Systemen auch aus europäischen Beständen kommen.

Küpper: Aber Herr Schmid, es gab einen weiteren Punkt: Eine weitere Facette dieses Besuchs war jetzt, dass es Stimmen durchaus gibt, die sagen, die deutsche, die europäische Haltung gefährde die Ukraine, weil in den USA die Unterstützung der Republikaner schwanke und man genau guckt, was Europa macht, was Deutschland macht.

Schmid: Ja, aber der Besuch hat ja noch mal unterstrichen, dass es eine große Einigkeit in Amerika genauso wie in den europäischen Staaten zu einer Unterstützung gibt. Die von Putin beschworene Müdigkeit, Ermüdung bei der Unterstützung der Ukraine sehe ich weder in Europa noch in den USA. Solange wir eng zusammenstehen und wir uns eng abstimmen, sowohl bei der finanziellen Hilfe, bei der Winterhilfe wie auch bei militärischer Hilfe, kann die Ukraine sich sowohl in Europa wie in den USA drauf verlassen, dass sie die Unterstützung bekommt, die nötig ist und solange es nötig ist.

Küpper: Rechnen Sie dann auch mit einem Besuch von Selenskij in Berlin oder Paris oder Brüssel? Ich meine, er ist jetzt nach Washington gefahren.

Schmid: Das ist ja klar, dass er nach Washington geht, schließlich sind die Amerikaner die wichtigsten Unterstützer und auch die Führungsnation in der NATO, deshalb ist es ein tolles und auch historisches Signal gewesen. Ob es zu einem Europabesuch kommt, wird man sehen, denn er ist erst mal im eigenen Land gefordert. aber wenn sich die Gelegenheit ergibt, am besten nach erfolgreichem Abschluss des Krieges, dann wird er sicher auch nach Europa kommen. Aber die Unterstützung ist von einem solchen Besuch unabhängig.

Küpper: Können Sie den Amerikanern erklären, warum Selenskij in die USA fährt, wenn es um einen Krieg in Europa geht?

Schmid: Dieser Krieg ist , so wie Selenskij das ja im Kongress auch gesagt hat, mehr als ein regionaler Konflikt oder gar nur ein Streit zwischen Ukraine und Russland. Es geht um universelle Werte der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte, und das spricht selbstverständlich das gesamte NATO-Bündnis an. Das spricht die amerikanischen Grundwerte an, für die die Republik in den USA gegründet worden ist, und es geht um das internationale

Recht. Das kann den Amerikanern alles nicht gleichgültig sein, und das ist ja auch sehr breit im Kongress auf Zustimmung gestoßen, diese Ansicht.

Küpper: Geht es auch in Deutschland um diesen Konflikt, um diese Freiheit? Wir haben jetzt – die Nachricht kam gestern – eine Enttarnung eines mutmaßlichen Doppelagenten des Bundesnachrichtendienstes. Was sagt Ihnen das?

Schmid: Das zeigt an, dass die Verführung zur Spionagetätigkeit auch in Deutschland da ist und dass wir sehr aufmerksam die Einflussnahme von Russland in Deutschland ins Auge fassen müssen. Es geht also nicht nur um die Bedrohung durch Militär, es geht um hybride Kriegsführung. Russland sieht sich seit Jahren in einem Konflikt, ja in einem Krieg mit dem Westen und meint, dass alle Mittel zulässig sind: Ermordung von Oppositionellen auf deutschem Boden und eben auch Spionage, und da müssen wir sehr wachsam und entschieden vorgehen. Das wird auch Aufgabe der nationalen Sicherheitsstrategie sein, innere und äußere Sicherheit zusammen zu denken.

Küpper: Ist die deutsche Bevölkerung da schon sensibilisiert genug?

Schmid: Sie ist sicher durch den Krieg und durch diesen Schock des Angriffs deutlich mehr sensibilisiert, aber wir sind auch gerade in der deutschen Gesellschaft in einem Wandlungsprozess. Die Zeitenwende bedeutet eben auch, dass die militärische Komponente der internationalen Beziehungen deutlich an Gewicht gewinnt, dass wir den Regler weg von Dialog mehr Richtung Abschreckung schieben müssen. Das ist auch ein Wandlungsprozess, nachdem wir 30 Jahre lang sehr stark auf Dialog im Verhältnis zu Russland gesetzt haben. Wir müssen sehr viel aufmerksamer dieser hybriden Kriegsführung von Russland entgegenwirken.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.